



Bayerisches Landesamt für Pflege
- Referat 42 -
Mildred-Scheel-Straße 4
92224 Amberg

E-Mail: ausbildungsverbuede@lfp.bayern.de

Antrag auf Gewährung einer staatlichen Zuwendung nach den Fördergrundsätzen zur Förderung von Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden

hier: **Fördermodell 1: Ausbau bestehender Ausbildungsverbände**

Fördermodell 2: Neugründung von Ausbildungsverbänden
(zutreffendes bitte ankreuzen)

Angaben zum Antragsteller

Antragsteller ist die federführende Einrichtung bzw. federführende Pflegeschule, welche die Förderung für den Ausbildungsverbund beantragt.
Aus dem Antrag muss hervorgehen, für welchen Ausbildungsverbund und welche Akteure die Förderung beantragt wird.

HINWEIS: Es wird nahegelegt, dass derjenige als federführende Einrichtung/ federführenden Pflegeschule den Antrag stellt, bei dem die Stelle des Praxiskoordinators angesiedelt ist, da sonst Weiterleitungsklauseln samt EU-Beihilfe Prüfung auf den Erstempfänger zukommen können.

| | | |
|---|-----|-----|
| federführende Einrichtung bzw. federführende Pflegeschule | | |
| Name des Ausbildungsverbunds | | |
| Region | | |
| Vertretungsberechtigte Person / federführende Einrichtung bzw. Pflegeschule | | |
| Straße, Haus-Nummer | PLZ | Ort |
| Ansprechpartner für diesen Antrag | | |
| Telefon | | |
| E-Mail (wenn Sie einverstanden sind, dass wir uns mit unverschlüsselter E-Mail an Sie wenden) | | |

Bankverbindung der federführenden Einrichtung bzw. der federführenden Pflegeschule

| | | | |
|----------------|---|--------------|--|
| Kreditinstitut | | Kontoinhaber | |
| IBAN | | BIC | |
| D | E | | |



Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG – hier ist auf jene Einrichtungen / Pflegeschulen abzustellen, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Förderung haben und diese geltend machen.
(sollte die Vorsteuerabzugsberechtigung nicht einheitlich sein, bitte gesonderte Tabelle als Anlage verwenden)

- besteht nicht
 besteht allgemein

Eventuelle Vorsteuerabzugsbeträge sind im Finanzierungsplan gesondert auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.

1. Maßnahme

Geplanter Durchführungszeitraum der Maßnahme:

Hinweis: Der Förderzeitraum endet am 31.12.2022.

- Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen.
 Mit der Maßnahme wurde am begonnen.

Hinweise: Zuwendungen dürfen nur für Maßnahmen gewährt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde. Der Abschluss von Verträgen zur Vorbereitung der Maßnahme ist grundsätzlich bereits als Beginn der Maßnahme zu werten.

Nach Nr. 2.3 der Fördergrundsätze kann jedoch im Einzelfall die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn beim LfP beantragt werden. Dieser Antrag muss **zusätzlich** zu diesem Antrag gestellt werden. Hierin ist darzulegen, warum das Vorhaben aus sachlichen oder wirtschaftlichen Gründen keinen Aufschub duldet.
(Ein entsprechendes Antragsformular finden Sie auf S. 12 dieses Formblatts.)

Eine mögliche Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn stellt keine Zusicherung auf den Erlass eines Zuwendungsbescheids im Sinne des Art. 38 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz dar und begründet keinen Anspruch auf Förderung. Auch bei der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn trägt der Antragsteller das alleinige Finanzierungsrisiko.

Beschreibung der geplanten Maßnahme:

(Bitte geben Sie hier eine konkrete Beschreibung der Maßnahme an. Sollte der Platz nicht ausreichen, fügen Sie Ihre Ergänzungen bitte auf einem gesonderten Blatt bei.)

(Bei Fördermodell 1 – Ausbau bestehender Ausbildungsverbünde hier bitte auch darlegen, wie der Ausbau erfolgt. Der Ausbau kann sowohl hinsichtlich der Beteiligten als auch den inneren Organisationsstrukturen erfolgen.)



2. Gesamtausgaben

Hinweis: Wenn der Antragsteller für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Kosten **ohne** Umsatzsteuer anzugeben. Dem Antrag ist ggf. eine Kostengliederung beizufügen.

| | |
|------|---|
| Euro | Summe der Gesamtausgaben des Antragstellers für die förderfähige Maßnahme im Förderzeitraum laut ggf. beiliegender Kostengliederung |
| Euro | entfallen davon auf Personalkosten für die beantragte Maßnahme (a.) |
| Euro | entfallen davon auf Sachmittel für die beantragte Maßnahme (b.) |
| Euro | entfallen davon auf Rechtsberatungskosten für die beantragte Maßnahme (c.) |

Hinweise: Es handelt sich um eine Anteilfinanzierung. Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Förderbeträge für die verschiedenen Fördermodelle sind in Ziffer 1.7 der Fördergrundsätze normiert.

Fördermodell 1:

Förderfähig sind einmalig die Ausgaben für Personal- und Sachausgaben zum Aufbau von Organisationsstrukturen für **einen gemeinsamen** Praxiskoordinator, die nicht durch andere Kostenträger gedeckt sind. Ebenso sind Rechtsberatungskosten förderfähig, sofern sie direkt mit dem Projekt zusammenhängen und für die Durchführung des Projekts notwendig sind, soweit sie nicht durch andere Kostenträger gedeckt sind.

Fördermodell 2:

Förderfähig sind einmalig die Ausgaben für Personal- und Sachausgaben, die im direkten Zusammenhang mit der Neugründung des Ausbildungsverbundes im Zusammenhang stehen und die nicht durch andere Kostenträger gedeckt sind. Ebenso sind Rechtsberatungskosten förderfähig, sofern sie direkt mit dem Projekt zusammenhängen und für die Durchführung des Projekts notwendig sind, soweit sie nicht durch andere Kostenträger gedeckt sind.

Zu a.) Aufgliederung der zuwendungsfähigen Personalkosten eines zentralen, gemeinsamen Praxiskoordinators für die beantragte Maßnahme:

| Name | Funktion/ Berufsbezeichnung | Beschäftigungs- Zeitraum von bis | Std/ Woche | Ausgaben in Euro | Erläuterungen (Entgeltgruppe, Tarifvertrag) |
|------|--------------------------------|--|---------------|---------------------|---|
| | | | | | |
| | | | | | |

Wendet der Antragsteller einen Tarifvertrag an? Ja, wenn ja welchen _____
 Nein

Summe Gesamtpersonalausgaben: €



Zu b.) Aufgliederung der zuwendungsfähigen Sachkosten für die beantragte Maßnahme mit Erläuterungen:

| Sachausgabe mit Erläuterung | Ausgaben in Euro |
|-----------------------------|------------------|
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |

Summe Gesamtsachausgaben: €

Zu c.) Aufgliederung der zuwendungsfähigen Rechtsberatungskosten für die beantragte Maßnahme mit Erläuterungen:

| Rechtsberatungsausgaben mit Erläuterung | Ausgaben in Euro |
|---|------------------|
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |

Summe Gesamtausgaben Rechtsberatung: €

3. Beantragte Zuwendungen

Hiermit werden folgende Zuwendungen zur Förderung von Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden zu den unter Punkt 2 genannten Gesamtkosten beantragt:

| Zwendungsbereich | Summe in Euro | Höhe der beantragten Zuwendung |
|-------------------------------|---------------|--------------------------------|
| Gesamtpersonalausgaben | | |
| Gesamtsachausgaben | | |
| Gesamtausgaben Rechtsberatung | | |
| Summe: | | |



4. Weitere Zuwendungen

Für die beantragte Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen für den Ausbildungsverbund beantragt bzw. bewilligt (*bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen*):

| Zuwendungsbereich | Zuwendung Euro | Darlehen Euro |
|-------------------|-------------------|------------------|
| | | |
| | | |

5. Finanzierung

Sollen aus der Zuwendung Geldbeträge an Dritte als Zuwendung weitergeleitet werden?

(**Hinweis:** Bei der Bezahlung von Rechnungen an Dritte, z. B. aus Kauf- oder Dienstverträgen, handelt es sich nicht um eine Weiterleitung in diesem Sinne.)

- Nein
- Ja, in Höhe von € an
 in Höhe von € an
 in Höhe von € an
 in Höhe von € an

(falls Platz nicht ausreicht bitte auf gesondertem Blatt darstellen)

Erläuterung:

Wird der Antragsteller überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen finanziert?

- Nein Ja



6. Finanzierungsplan für den Förderzeitraum

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder und müssen ausgefüllt werden.

| | |
|------------------------------------|---------------|
| * Beantragte Zuwendungen lt. Nr. 3 | * Euro |
| Weitere Zuwendungen lt. Nr. 4 | Euro |
| Leistungen / Beiträge Dritter | Euro |
| Darlehen | Euro |
| Sonstiges | Euro |
| * Eigenmittel des Antragstellers | * Euro |
| * Summe: | * Euro |



7. Übersicht über die an der Maßnahme beteiligten / avisierten Einrichtungen

a. Beteiligte / avisierte Pflegeschulen

Hinweis: Bei den beteiligten Pflegeschulen muss es sich um mindestens eine ehemalige Krankenpflegeschule und eine ehemalige Altenpflegeschule handeln.

Ist dies aufgrund regionaler Gegebenheiten nicht möglich muss dies im Antrag begründet werden (bitte auf gesondertem Blatt).

| | Name | Anschrift |
|-------------------------------|------|-----------|
| Ehemalige Krankenpflegeschule | | |
| Ehemalige Altenpflegeschule | | |

Bitte geben Sie oben die mindestens geforderte Anzahl an – die weiteren beteiligten Pflegeschulen bitte auf einem gesonderten Blatt bzw. im unteren Kasten (zusätzliche Angaben) angeben.

b. Beteiligte / avisierte Träger der praktischen Ausbildung

Hinweise: Bei den beteiligten Trägern der praktischen Ausbildung muss es sich mindestens um eine stationäre Akutpflegeeinrichtung, eine stationäre Langzeitpflegeeinrichtung und eine ambulante Akut-/ Langzeitpflegeeinrichtung handeln.

| | Name | Anschrift |
|--|------|-----------|
| Stationäre Akutpflegeeinrichtung | | |
| Stationäre Langzeitpflegeeinrichtung | | |
| Ambulante Akut-/ Langzeitpflegeeinrichtung | | |

Bitte geben Sie oben die mindestens geforderte Anzahl an – die weiteren beteiligten Einrichtungen bitte auf einem gesonderten Blatt bzw. im unteren Kasten (zusätzliche Angaben) angeben.

Zusätzliche Angaben:

(Bitte bezeichnen Sie die Akteure mit dem vollständigen Namen und der Adresse. Soweit erforderlich, ggf. auf gesondertem Blatt)

8. Ergänzende Angaben und ggf. Anlagenübersicht

(soweit erforderlich, ggf. auf gesondertem Blatt)



9. Erklärungen des Antragstellers:

- a. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen wurde und vor Erlass des Zuwendungsbescheids nicht beginnen wird.
- b. Eine ordnungsgemäße Geschäftsführung ist gesichert. Die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel wird nachgewiesen werden können.
- c. Der Antragsteller erklärt, dass er damit einverstanden ist, dass vorstehende Daten erhoben, elektronisch gespeichert und ausgewertet werden.
- d. Der Finanzierungsplan der Maßnahme wurde nach den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt. Es wurden alle Finanzierungsbestandteile der Maßnahme aufgeführt. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist nach dem Finanzierungsplan und den oben gemachten Angaben zu den Deckungsmitteln gesichert.
- e. Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- f. Der Antragsteller erklärt, die dem Antrag beiliegenden Hinweise zum Datenschutz erhalten und zur Kenntnis genommen zu haben.
- g. Im Fall der Förderung der beantragten Maßnahme verpflichtet sich der Antragsteller zur Vermeidung von Quersubventionen, die Kosten und Finanzierung der beantragten Maßnahme von allen anderen Tätigkeiten gesondert auszuweisen (z.B. getrennte Buchführung).
- h. Der Antragsteller bzw. die geförderten Ausbildungsverbände verpflichten sich, an der Evaluation sowie Erfolgskontrolle mitzuwirken. Sie verpflichten sich auf Verlangen des Landesamtes für Pflege Auskunft über die Ergebnisse der Förderung zu geben.
- i. Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, auf die Förderung aus Mitteln des Bundes hinzuweisen.
- j. Der Antragsteller hat von den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P / ANBest-K) Kenntnis genommen.

Dem Antrag sind folgende Anlagen beizufügen:

- Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen (siehe S. 9/10 in diesem Antrag)
- Kooperationsvertrag
- Schriftliche Kooperationsvereinbarung oder Absichtserklärung über Vertretungs- und Haftungsfragen etwaiger Rückerstattungen innerhalb des Verbundes
- DAWI-De-minimis Erklärung

Der Antrag muss von der vertretungsberechtigten Person unterschrieben werden. Den Antrag und sämtliche erforderliche Unterlagen senden Sie bitte per Mail an ausbildungsverbuende@lfp.bayern.de oder die oben genannte Adresse.

Name

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers
(vertretungsberechtigte Person)



Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen im Rahmen des Zuwendungsverfahrens nach den Fördergrundsätzen zur Förderung von Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden

Erklärung zu § 264 Strafgesetzbuch (StGB)

Ich erkläre hiermit, dass ich berechtigt bin, den Ausbildungsverbund im Antragsverfahren zu vertreten.

Weiterhin erkläre ich, dass mir bekannt ist, dass

- sämtliche in diesem Antrag gemachten Angaben sowie die in den beigegeführten Anlagen und Vordrucken gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes (BayStrAG) und § 2 Subventionsgesetz (SubvG) darstellen.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben zur Anforderung der Leistung, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- subventionserhebliche Tatsachen auch solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Leistung (§ 4 SubvG in Verbindung mit Art. 1 BayStrAG). Für die Beurteilung ist der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich.
- die Regelungen der Bewilligungsbescheide und die ihnen ggf. beigegeführten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als Verwendungsbeschränkungen im Sinne des § 264 Abs.1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.

Ich versichere, dass mir die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt ist. Mir ist insbesondere bekannt, dass

- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 Abs. 5 StGB strafbar mache, wenn ich
 - o vorsätzlich oder leichtfertig dem Bayerischen Landesamt für Pflege oder einer anderen in das Verfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind.
 - o vorsätzlich oder leichtfertig einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende.
 - o vorsätzlich oder leichtfertig den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
 - o vorsätzlich in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.
 - o es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Leistung für die von mir vertretene Tagespflegeeinrichtung beantragt wird oder das die beantragte Leistung tatsächlich gewährt wird.



Mir ist ferner bekannt, dass ich unverzüglich alle Tatsachen mitteilen muss, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Leistung entgegenstehen (§ 3 SubvG in Verbindung mit Art. 1 BayStrAG),

Mir ist auch bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in den Angaben des Antrages neben einer Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) und auch die Rückforderung der Zuwendung zur Folge haben können.

Die vorstehenden Erklärungen und Versicherungen zum Antragsverfahren werden durch meine Unterschrift bestätigt.

_____, Datum

Unterschrift der vertretungsberechtigten Person



Hinweise zum Datenschutz

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das

Bayerische Landesamt für Pflege
- Datenschutz -
Mildred-Scheel-Str. 4
92224 Amberg
datenschutz@lfp.bayern.de

Die Daten werden erhoben, um den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses nach den Fördergrundsätzen zur Förderung von Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden zu bearbeiten. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c, e und Art. 9 Abs. 2 Buchst. b DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 23 und 44 BayHO und die hierfür erlassenen Verwaltungsvorschriften sowie Nr. 1 der Grundsätze zur Förderung von Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden. Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Ihnen stehen die Rechte gem. Art. 15 bis 20, 22 und 77 DSGVO sowie das Widerspruchsrecht gem. 21 DSGVO zu. Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihrer Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege unter <https://www.stmgp.bayern.de/datenschutz>. Alternativ erhalten Sie die Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie per E-Mail unter datenschutz@lfp.bayern.de erreichen können.

Zum Zweck der Auszahlung der Fördermittel für Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt.

Die Mitteilung personenbezogener Daten erfolgt grundsätzlich freiwillig. Unterbleibt eine Bereitstellung personenbezogener Daten, kann das Landesamt für Pflege jedoch den Antrag möglicherweise nicht bearbeiten und keinen Bescheid erlassen.



Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns

Federführende Einrichtung / federführende Pflegeschule:

Name

Straße + Hausnummer

PLZ Ort

Zu meinem/ unserem Antrag auf Gewährung einer staatlichen Zuwendung nach den Fördergrundsätzen zur Förderung von Lernortkooperationen und Ausbildungsverbänden beantrage(n) ich / wir die Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns.

Die Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmenbeginns wird wie folgt begründet:

Bitte darlegen, warum das Vorhaben aus sachlichen oder wirtschaftlichen Gründen keinen Aufschub duldet.

Mir / uns ist bekannt, dass die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn keine Zusage auf den Erlass eines Zuwendungsbescheids im Sinne des Art. 38 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz darstellt und keinen Rechtsanspruch auf Förderung begründet. Darüber hinaus ist mir / uns bekannt, dass auch bei der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn der Antragsteller das alleinige volle Finanzierungsrisiko trägt.

Ort, Datum

Unterschrift der vertretungsberechtigten Person